

## Sanktionen und Säbelrasseln gegen den Iran

# Am Rande des Krieges

Die Rufe nach härtesten Sanktionen oder Militärschlägen gegen den Iran werden jeden Tag lauter. Auch die Bundesregierung beteiligt sich daran und fordert die „deutliche Verschärfung“ der Iran-Sanktionen.

Israel lässt keinen Zweifel daran, dass es notfalls auch im Alleingang und gegen den Widerstand selbst engster Freunde zu einem militärischen Angriff gegen den Iran bereit ist. Die israelische Zeitung Haaretz zitierte am 5. November Israels Präsidenten Schimon Peres mit der Behauptung, Iran könne schon in sechs Monaten im Besitz einer Atombombe sein. Peres forderte von der internationalen Gemeinschaft, sie müsse die iranischen Atombestrebungen notfalls auch militärisch stoppen.

### Konfrontationskurs der USA

Die US-Regierung hat inzwischen neue verschärfte Sanktionen gegen den gesamten Öl- und Erdgassektor Irans in Kraft gesetzt und das iranische Bank- und Finanzsystem vom Verkehr mit den USA ausgeschlossen. Dabei hält sich die US-Administration „alle Optionen“ offen und verstärkt seit Wochen die militärische Präsenz im persischen Golf.

US-Kriegsminister Leon Panetta warnte Israel zwar vor einem militärischen Alleingang, versprach aber gleichzeitig die Lieferung neuer Tarnkappenbomber an Israel und versicherte, Washington werde die Entwicklung iranischer Atomwaffen notfalls auch mit militärischen Mitteln verhindern.

Den Vorwand für diese Politik am Rande des Krieges liefert der von der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) vorgelegte Bericht vom November 2011, in dem Iran erneut unterstellt wird, hinter seiner Urananreicherung ein Atomwaffenprogramm zu verstecken.

Belege dafür gibt es nicht. Man habe „starke Hinweise“ auf eine mögliche Nuklearwaffenentwicklung, und es gäbe „schwerwiegende Sorgen“ angesichts möglicher militärischer Dimensionen des iranischen Atomprogramms. Vermutungen also, mehr nicht.



Die Kriegsdrohungen kommen ausgerechnet von den Staaten, die selbst über eine Unzahl Atomwaffen verfügen und die vom Iran in keiner Weise bedroht werden.

Das eigentliche Ziel: Der Iran soll zu einer unbedeutenden Macht zurückgebombt werden, um die US-Vor-

## LIBYEN NATO-Kolonial-Krieg gegen Afrika

Wenige Tage, nachdem Muammar Al Gaddafi liquidiert worden war, erklärte die NATO die Beendigung ihres mehr als sieben Monate andauernden Bombenkrieges gegen Libyen. Der Bombenterror der NATO richtete sich nicht nur – wie behauptet – gegen Militäranlagen, sondern zielgenau gegen städtische Wohngebiete und Dörfer, gegen die zivile Infrastruktur, den staatlichen Fernsehsender und den Wohnsitz der Gaddafi-Familie. Laut Presse- und Agenturmeldungen sind in diesem Krieg mehr als 50.000 Menschen ums Leben gekommen und ebenso viele verletzt worden. Einige libysche Städte wie Sirte wurden fast vollständig zerstört.

Mit ihren Luftangriffen hatte das mächtigste Militärbündnis der Welt den libyschen Rebellen den Weg nach Tripolis frei gebombt und ihnen dadurch zur Macht verholfen. Was der Weltöffentlichkeit als „Flugverbotszone zum Schutz der Zivilbevölkerung“ verkauft wurde, entpuppte sich als verlogene Propaganda dafür, in Libyen einen Regimewechsel herbei zu führen. Dies war von Anfang an das erklärte Ziel der NATO-Aggressionsländer, ein glatter Bruch des Völkerrechts und der Charta der Vereinten Nationen.

NATO-Generalsekretär Rasmussen erklärte nach Beendigung der „Mission“, sie sei „eine der erfolgreichsten in der Geschichte der NATO“ und kündigte an, dass künftige Militärinterventionen nach dem Modell des Libyeneinsatzes nicht zwingend von einem Mandat des UN-Sicherheitsrats abhängig seien. Ein solches Mandat sei „zwar wünschenswert“, sagte er, aber auch „klare moralische Prinzipien“ könnten einen Einsatz legitimieren.

Während westliche Politiker und Medien jetzt den durch die NATO herbeigeführten Regimewechsel als „Sieg des Volkes über Gaddafi“ feiern, wird der Libyen-Krieg in Lateinamerika und Afrika als imperiales Verbrechen verurteilt. So prangerten 200 prominente afrikanische Künstler, Wissenschaftler und Politiker in einer gemeinsamen Erklärung Frankreich, die USA und Groß-

britannien als „Schurkenstaaten“ an und bezeichnen deren Politik als „ernsthafte Gefahr einer neuen Kolonialisierung“ des Kontinents.

Noch ist nicht endgültig klar, wer in Zukunft tatsächlich die Geschicke Libyens bestimmen wird. Die Führungsmannschaft der Rebellen, die sich schon in den ersten Tagen des Aufstands als „Nationaler Übergangsrat“ konstituiert und eine provisorische Regierung gebildet hatte ist eine bunt zusammen gewürfelte Mischung aus Überläufern des Gaddafi-Regimes, von Exil-Libyen, die aus den USA eingeflogen wurden, aus Al-Qaida-nahen Islamisten und CIA-gesteuerten Putschisten.

Die Führungsriege der Rebellen verfolgt ganz offensichtlich Ziele, die mit den Interessen der USA und der EU-Mächte weitgehend konform gehen. Wenn sie sich durchsetzen, wird Libyen nach den Prinzipien der neoliberalen Wirtschaftspolitik und der Profitlogik westlicher Konzerne umstrukturiert und die verstaatlichte Wirtschaft privatisiert wird. Das derzeitige, in ganz Afrika vorbildliche Sozialsystem, wird gestutzt werden, ebenso wie die finanzielle Unterstützung der Afrikanischen Union.

Einer der wesentlichen Kriegsgründe der NATO-Staaten ist die Tatsache, dass Libyen über die größten Öl-Reserven ganz Afrikas verfügt. Doch Gaddafi bedrohte auch die Monopolstellung des IWF und der Weltbank. Mit seinen Devisenreserven finanzierte der libysche Staat ehrgeizige Entwicklungsprogramme im eigenen Land und in Afrika. Eines der Beispiele dafür ist das „Great Man Made River“ Projekt, größte künstliche Wasserversorgungssystem der Welt, das Libyen ohne Kredite westlicher Banken selbst finanziert hat. Jetzt dürfte es nur eine Frage der Zeit sein, wann dieses profitträchtige Projekt privatisiert wird.

Ein besonderes Ärgernis in den Augen des Westens war die finanzielle Unterstützung afrikanischer Entwicklungs- und Finanzinstitutionen. Die erfolgreiche Entwicklung dieser Körperschaften würde es den afrikanischen Ländern ermöglichen, sich dauerhaft aus der Abhängigkeit des IWF und der Weltbank – den Instrumenten neokolonialer und imperialer Herrschaft – zu befreien. So finanzierte Libyen die Entwicklung der beiden ersten Telekommunikations-Satelliten für Afrika. Diese ersparen den afrikanischen Ländern heute Gebühren von jährlich 500 Millionen Dollar, die sie vorher für die Nutzung der europäischen Satelliten bezahlen mussten.

Libyen war sicherlich keine dem westlichen Muster entsprechende Demokratie und jedes Volk hat selbstverständlich das Recht zum Aufstand. Doch um eine Regierung zu stürzen braucht man die Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung. Die Unterstützung einer solchen Mehrheit hatten die Rebellen von Benghazi aber offensichtlich nicht. Stattdessen setzten die Führungskräfte der Aufständischen auf die NATO.

Die imperialistischen Staaten aber verfolgen ausschließlich ihre eigenen wirtschafts- und machtpolitischen Interessen. Ihnen geht es weder um demokratische Selbstbestimmung noch um eine gerechte Verteilung der Reichtümer des Landes.

**Aber: Ohne Gerechtigkeit gibt es keinen Frieden.**

machtstellung im Nahen und Mittleren Osten auszubauen, um die riesigen Öl- und Gasreserven des Iran und die Transportrouten unter eigene Kontrolle zu bekommen.

Selbstverständlich lässt sich nicht ausschließen, dass der Iran ein Interesse daran haben dürfte, sich die Fähigkeiten zum Bau von Nuklearsprengköpfen zuzu-

## Der Wolf im Schafspelz



Wolfgang Ischinger, der Chef der Münchner „Sicherheitskonferenz“, ist für die Militärstrategen in Berlin und Washington, in London und Paris eine geradezu ideale Besetzung. Ischinger, der sich gerne als Krisendiplomate und als entschiedener Verfechter der weltweiten atomaren Abrüstung präsentiert, agiert in seiner Hauptrolle: Sprachrohr der offiziellen Militärpolitik der NATO und Lobbyist der machtpolitischen Führungseliten Deutschlands und der EU. Er steht in der vordersten Front der Kriegstrommler und nutzt jede sich bietende Gelegenheit, Deutschland und die Europäische Union zu noch größeren Rüstungsanstrengungen zu bewegen.

**Ischingers Abrüstungsrhetorik:** Um der SIKO einen friedenspolitischen Anstrich zu geben, hat er die nukleare Abrüstung zum Tagungsthema im Bayerischen Hof auserkoren. Sein Engagement für die atomare „Null-Lösung“ erschöpft sich allerdings in weitgehend unverbindlichen Ermahnungen an alle Atommächte. Die entscheidenden Hindernisse, die diesem Ziel im Wege stehen, werden von ihm ganz bewusst ausgeblendet und kommen auch auf der SIKO gar nicht erst zur Sprache: Die NATO-Raketenabwehr und die Aufrechterhaltung der globalen militärischen Überlegenheit der USA und der NATO-Staaten gegenüber allen anderen Ländern. Für Ischinger jedoch ist die militärische Dominanz der NATO eine heilige Kuh.

**Ischinger der Kriegstrommler:** Im Zusammenhang mit der Truppenabzugs-Debatte plädierte er für mehr NATO-Präsenz und für die Aufstockung der Bundeswehrtruppen in Afghanistan. Deutschland dürfe „ein Scheitern der Mission und eine Schwächung der NATO nicht zulassen“, erklärte er. Die Folge davon wäre ein „Debakel und ein Reputationsverlust Deutschlands in der NATO.“ Ein zu früher Rückzug der Bundeswehr sei kontraproduktiv. „Innenpolitische Opportunitätsüberlegungen“, also der Wille der Mehrheit der Bevölkerung dürften „für Rückzugspläne nicht ausschlaggebend sein“. Der Bevölkerung seien bisher die Konse-

legen. Angesichts der Jahrzehnte langen Boykottmaßnahmen und Kriegsdrohungen von Seiten der westlichen Großmächte wäre es allerdings nicht verwunderlich, wenn die Regierung in Teheran darin die einzige Abschreckungsmöglichkeit gegen einen möglichen Krieg sähe. Afghanistan, Irak und Libyen haben jedenfalls demonstriert, dass die imperialistischen Staaten die militärische Schwäche unbotmäßiger Länder als Einladung zum Aggressionskrieg ansehen.

Tatsache ist aber: Kein Land wird von Iran bedroht. Die immer wieder auftauchende Behauptung, Ahmadinedschad wolle Israel von der Landkarte tilgen, ist nachweislich falsch. Selbst die Bundeszentrale für politische Bildung hat diese falsche Übersetzung der Rede des iranischen Staatschefs vom Oktober 2005 inzwischen korrigiert.

Ginge es tatsächlich um den Atomkonflikt, dann gäbe es auch eine Lösung. Voraussetzung dafür sind Verhandlungen ohne Ultimaten, ohne Sanktionen und ohne Kriegsdrohungen. Und als wichtigste Maßnahme: Die Verwirklichung der Vorschläge, u.a. auch vom Iran, für eine Atomwaffenfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten. Sie würde auch die befürchtete Gefahr eines Atomwaffen-Wertrüstens anderer Staaten im Nahen Osten verhindern. Das hieße allerdings: Israel, Indien und Pakistan müssten ebenso verbindlich auf Atomwaffen verzichten wie der Iran, und sie müssten sich den gleichen strengen Kontrollen unterwerfen. Bisher aber werden entsprechende Initiativen gerade von den lautesten Kriegstrommlern, den USA und Israel torpediert.

Politiker und Medien wollen uns einreden, Sanktionen seien besser als Krieg. Die Wahrheit ist: Sanktionen verhindern nicht den Krieg. Sie sind – Beispiel Irak – die Vorstufe für den Krieg. Dafür darf es keine Unterstützung und keine Legitimation geben.

quenzen des Bundeswehreininsatzes in Afghanistan nicht hinreichend erläutert worden. „Soldaten werden dazu ausgebildet, Andere notfalls umzubringen“ sagt Ischinger. Dies sei ihr Zweck, anderenfalls sollte man „das Technische Hilfswerk und die Polizei schicken“. In der Tat: Soldaten sind Mörder.

**Ischingers Credo: Die Kriegsfähigkeit Deutschlands und der EU.** Um die Bundeswehr „für die sicherheitspolitischen Herausforderungen der Zukunft fit zu machen“, sagt Ischinger, müssten die Streitkräfte zu einer leistungsfähigen „professionellen Berufsarmee“ umstrukturiert werden. „Der Wegfall der Wehrpflicht könnte damit zugleich auch der Grundstein für eine künftige europäische Armee sein“. Genau darauf kommt es ihm an. Der EU, so seine Kritik, mangle es an einer „gläubwürdigen militärischen Dimension“. Erst wenn die EU-Mitgliedsstaaten die Effizienz ihrer militärischen Fähigkeiten bündeln und mit der europäischen Kleinstaaterei im Verteidigungssektor Schluss machen, erklärt Ischinger, werde „Europa ein allseits glaubwürdiger Akteur auf der Weltbühne sein“. Unverhohlen wendet er sich gegen die im Grundgesetz verankerte parlamentarische Kontrolle von Auslandseinsätzen der Bundeswehr. „Bestimmte militärische Beiträge“, fordert er, sollten „so sie von EU oder NATO angefordert werden, von einem möglichen Veto der nationalen Parlamente ausgenommen werden“.

**Ischinger, glühender Verfechter der NATO-Raketenabwehr.** Um ein wirklich optimales Raketenabwehrsystem zu schaffen, plädiert er für eine enge militärische Kooperation zwischen den drei Machtzentren USA, EU und Russland. Die gemeinsame Raketenabwehr mit Russland ist für ihn der „entscheidende Schritt“ für einen zukünftigen NATO/EU/Russland-Pakt – ein Militärpakt gegen den Rest der Welt.

**Ischinger zu Libyen: Der NATO-Krieg darf nicht schief gehen.** Zu Beginn des NATO-Krieges in Libyen sagte Ischinger: „Die Sache darf jetzt nicht schief gehen (...) ich halte es für richtig, dass die beteiligten Staaten ihr Mandat breit auslegen (...) Es muss jetzt das Ziel sein, die Sache zur Entscheidung zu bringen.“ Seine Rechnung ist aufgegangen – gewaltsamer Regimewechsel und 50.000 Tote.

**Wozu Kriege gut sind. Ischinger: „Für den Erfolg unserer Wirtschaft“.** Keines der DAX-Unternehmen, sagt Ischinger, verdiene sein Geld heute ausschließlich in Deutschland. Die „Global Player“ seien „davon abhängig, dass z.B. Luft- und Seefahrtstransporte sicher stattfinden können und eine weltweite Investitionssicherheit vorliegt“. Die Bundeswehr, die NATO und die EU sollen das gewährleisten. Ischinger sagt das so: „Die Sicherheitspolitik ist deshalb eine wichtige Rahmenbedingung für den Erfolg, den unsere Wirtschaft auf der ganzen Welt erzielt hat und auch weiter erzielen wird“. Früher nannte man das Imperialismus.

### Aktion Aufschrei Stoppt den Waffenhandel!

Jede Minute stirbt ein Mensch an den Folgen einer Gewehr- oder Handgranate oder einer Landmine. Fachleute schätzen, dass alleine durch Gewehre und Pistolen der Waffenschmiede Heckler & Koch nach dem Zweiten Weltkrieg weit mehr als 1 Million Menschen ihr Leben verloren haben. Weitere ungezählte Kriegsgeschehen sind durch andere waffenexportierende deutsche Firmen zu beklagen. Selbst wenn diese Rüstungsgüter nicht eingesetzt werden, sind finanzielle Mittel gebunden, die damit für Bildung und Armutsbekämpfung nicht mehr zur Verfügung stehen. Die Aktion Aufschrei will dem Export von Terror und Gewalt made in Germany ein Ende setzen.

Träger und Unterstützer der Kampagne sind u.a.: Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Internationale Ärzte für die Verhütung eines Atomkrieges (IPPNW), Juristen und Juristinnen gegen atomare, biologische und chemische Waffen (IALANA), Ohne Rüstung Leben, Pax Christi, Terre des Hommes. Mehr Infos: [www.aufschrei-waffenhandel.de](http://www.aufschrei-waffenhandel.de)